

Newsletter International Nr. 12 (Dezember 2011)

Gemeinsamer Rundschreibendienst der Industrie- und Handelskammern
Darmstadt, Frankfurt am Main, Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern und Offenbach am Main



Serviceverbund Süd Hessen
International

IHK Darmstadt Rhein-Main-Neckar

Rheinstraße 89
64295 Darmstadt
Ansprechpartner: Axel Scheer
Tel. 06151 871-252
Fax 06151 871-100252
E-Mail scheer@darmstadt.ihk.de, [Internet](#)

IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern

Am Pedro-Jung-Park 14
63450 Hanau
Ansprechpartner: Andreas Kunz
Tel. 06181 9290-30
Fax 06181 9290-930
E-Mail a.kunz@hanau.ihk.de, [Internet](#)

IHK Offenbach am Main

Frankfurter Straße 90
63067 Offenbach am Main
Ansprechpartner: Brigitte Lampa
Tel. 069 8207-255
Fax 069 8207-259
E-Mail lampa@offenbach.ihk.de, [Internet](#)



Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

IHK Frankfurt am Main

Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main
Ansprechpartner: Eva-Maria Stolte
Tel. 069 2197-1434
Fax 069 2197-1541
E-Mail e.stolte@frankfurt-main.ihk.de, [Internet](#)



Newsletter Angebot

Wussten Sie, dass die IHKs Darmstadt, Frankfurt am Main, Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern und Offenbach am Main auch andere, interessante Newsletter für Sie im Angebot haben? Schauen Sie rein:

[Darmstadt](#)
[Frankfurt am Main](#)
[Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern](#)
[Offenbach am Main](#)



e-trade-center

Weltweit finden und gefunden werden.
Suchen Sie Geschäftskontakte im Ausland?
Finden Sie [Geschäftskontaktwünsche deutscher und ausländischer Unternehmen](#).



The German Chamber Network

DEinternational - der Dienstleistungsbereich der AHKs: Weltweit bestens vernetzt.

Informieren Sie sich über die Grundzüge und Inhalte des [Dienstleistungsbereichs der deutschen AHKs](#) der deutschen AHKs.

Inhaltsverzeichnis:

Allgemeines		Seite
• Das Freihandelsabkommen EU - Ukraine steht		3
• Handelsabkommen gegen Fälschungen und Produktpiraterie		3
• EU sagt: Metallmangel bremst neue Technologien		3
• Intrastat-Meldeschwelle wird angehoben		3
• Kombinierte Nomenklatur 2012 der EU		4
• Akkreditive: Zahlungsabsicherung oder Risiko?		4
Länder		
• Ägypten - Visabestimmungen werden verschärft		4
• Äthiopien - Informationsschrift für Investoren		4
• Albanien und Bosnien-Herzegowina - Wiedereinführung der Visapflicht droht		5
• Bangladesch - Rechtliche Hilfe aus der Hauptstadt		5
• China - EU rügt das schlechte Handelsklima ungewöhnlich offen		5
• Finnland - Your Subsidiary in this country		5
• Griechenland - Gute Noten für Minister Rösler		6
• Japan - Schuldenlast könnte untragbar werden		6
• Litauen - Schiedsgericht für Baustreitigkeiten		6
• Neuseeland - Broschüre "Handelsweg" neu herausgegeben		6
• Norwegen - Höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr		7
• Russland - Vor dem Beitritt zur Welthandelsorganisation		7
• Taiwan - Carnet CPD		7
• USA - Die Handelspolitik im Herbst 2011		7
• USA - Novellierung des Patentwesens		7
• USA - Am US-Windmarkt teilnehmen und Erfolg haben		8
• Vanuatu - Beitritt zur WTO		8
Messen und Veranstaltungen		
• Termine International - Datenbank der hessischen IHKs		8
• Unternehmerreise "Lebensmittelmarkt Japan" nach Tokyo		8
• Baumesse Project Qatar in Doha		9
• Gemeinschaftsstand zur EXPO APA 2012 in Bukarest/Rumänien		9
Publikationen		
• Warenursprung und Präferenzen		9
• Praxis der US-(Re-)Exportkontrolle		10
Hintergrund		
• Die Einschläge kommen immer näher		10
• Realwirtschaft spürt Vertrauenskrise		10
Impressum		11

Das Freihandelsabkommen EU-Ukraine steht

Die EU hat die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine abgeschlossen. EU-Handelskommissar De Gucht gab am 20.10.2011 vor dem Europäischen Parlament bekannt, dass ein Übereinkommen über alle Elemente des Freihandelsabkommens mit Vize-Premierminister Serhiy Klyuyev erreicht wurde. Das Abkommen muss nun noch in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die Verhandlungen wurden von der fragwürdigen Verurteilung Julia Timoschenkos überschattet. Die Gespräche haben lange gedauert, sie begannen im Jahr 2007. (BGA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Handelsabkommen gegen Fälschungen und Produktpiraterie

Eine erste Gruppe von WTO-Staaten hat am 01.10.2011 das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) unterzeichnet. Das ACTA-Handelsabkommen gegen Fälschung und Piraterie etabliert weltweite Standards bei der Bekämpfung von Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen. Als ACTA-Erstunterzeichner traten in Erscheinung: Australien, Japan, Kanada, Marokko, Neuseeland, Singapur, Südkorea und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die EU muss für die Unterzeichnung zunächst noch in einem internen Genehmigungsverfahren grünes Licht u. a. vom Europäischen Parlament einholen. Neben der EU nahmen noch Mexiko und die Schweiz als weitere ACTA-Verhandlungsparteien - ebenfalls wegen noch ausstehender innerstaatlicher Genehmigungen - nur als Beobachter an der Unterzeichnungszereemonie in Tokyo teil. (gtai)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

EU sagt: Metallmangel bremst neue Technologien

Ende Oktober 2011 hat die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission eine Studie über kritische Metalle in strategischen Energietechnologien veröffentlicht. Von einer zukünftigen Verknappung könnten besonders umweltfreundliche Technologien wie die Stromerzeugung aus Wind und Sonne betroffen sein. Bereits im letzten Jahr hatte die EU-Kommission 14 Rohstoffe benannt, deren Verfügbarkeit als kritisch zu werten ist. Bei diesen Rohstoffen handelt es sich durchweg um sog. "Hightech-Rohstoffe" wie Indium, Gallium, Neodym und Dysprosium. In der vorliegenden Studie werden kritische Metalle hinsichtlich ihrer Verwendung in den fünf CO₂-armen Energietechnologien wie beispielsweise Nuklear, Solar, Bioenergie und CCS-Technologie bewertet. Es wurde ein Vergleich gezogen zwischen der zu erwartenden Nachfrage im Jahr 2030 gegenüber dem globalen Produktionsvolumen von 2010. Berücksichtigt wurden auch die Konzentration der Produktion in wenigen Ländern und auf wenige Unternehmen sowie die politischen Risiken der Exportländer. Es zeigt sich, dass besonders die Wind- und Photovoltaik-Industrie von möglichen Engpässen betroffen sein könnte. Eine andere Studie kam zu ähnlichen Ergebnissen. Am Beispiel von Gallium rechnet sie vor, dass Gallium in der Dünnschicht-Photovoltaik und in Weißlicht-LEDs (WLED) zum Einsatz kommt und eine Nachfrage nach diesem Metall vorausgesagt wird, die sechsmal höher ist als die Jahresproduktion 2006. (DIHK Brüssel)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Intrastat-Meldeschwelle wird angehoben

Die aktuelle Meldeschwelle für die Statistik des Warenverkehrs zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union INTRASTAT beträgt zurzeit 400.000 €. Diese Schwelle wird zum 01.01.2012 auf 500.000 € neu festgelegt. Der Bundeswirtschaftsminister hat die entsprechende Verordnung unterschrieben. Sein Ministerium verbucht diesen Schritt als Bürokratieabbau. Rund 7.000 Unternehmen kämen aus der monatlichen statistischen Meldepflicht heraus, das sind ca. 11 % aller derzeit Meldepflichtigen. Die Unternehmen sparen etwa 8 Mio. € an Bürokratiekosten. (IHK Ffm.)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Kombinierte Nomenklatur 2012 der EU

Die Europäische Kommission hat die neueste Version für das kommende Jahr der Kombinierten Nomenklatur (KN) als Verordnung (EU) Nr. 1006/2011 im Amtsblatt der EU Nr. L 282 am 28.10.2011 veröffentlicht. Die Kombinierte Nomenklatur wurde modernisiert und ihre Struktur an die veränderten Anforderungen von Statistik und Handelspolitik, bei der Erfüllung internationaler Verpflichtungen sowie hinsichtlich neuer technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen angepasst. Nun kann das Statistische Bundesamt herangehen, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik 2012 zu produzieren.

Wie jedes Jahr, hat die Bundesbehörde für Statistik auch in diesem wieder eine [Gegenüberstellung alter und neuer Warennummern](#) aufbereitet. (gtai)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Akkreditive: Zahlungsabsicherung oder Risiko?

Für Unternehmen, die im internationalen Handel tätig sind, stellt sich oftmals die Frage der Zahlungsabsicherung. Der Käufer möchte sicherstellen, dass er die Ware tatsächlich erhält (Sicherungsfunktion) und der Verkäufer möchte sich absichern, dass er auch den vereinbarten Betrag auf sein Konto gutgeschrieben bekommt (Zahlungsfunktion). Das Dokumentenakkreditiv ist eines der sicheren Zahlungsabwicklungen und wird von Unternehmen immer häufiger in den Kaufverträgen aufgenommen.

Sophia Spiliotis von der International Chamber of Commerce (ICC) berichtete bei einem Seminar der BHF-Bank, dass Banken immer minutiöser bei der Prüfung der Dokumente vorgehen und dass damit auch die Zahl der Zurückweisungen steigt. Nach aktuellen Zahlen der ICC weichen 75 % der eingereichten Dokumente von den Akkreditivbedingungen ab. Beim Import sind es sogar 90 %. Vom Käufer werden schon Formulierungen im Akkreditiv aufgenommen, die vom Verkäufer gar nicht erfüllt werden können. Aber auch der Verkäufer hat seinen Pflichten beim Akkreditiv nachzukommen. Exporteure müssen nicht nur den Inhalt auf Richtigkeit prüfen, sondern auch, ob er die im Akkreditiv gestellten Bedingungen erfüllen kann. Erst dann sollte die Lieferung erfolgen. Die eröffnende Bank richtet sich nicht danach, ob die Ware schon versendet worden ist oder nicht. Sie entscheidet anhand der vorliegenden Dokumente. Bei Diskrepanzen besteht die Gefahr, dass die Bank das Geld nicht oder erst nach Monaten überweist. (NfA und BL)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Länder

Ägypten - Visabestimmungen werden verschärft

Ägypten will seine Visabestimmungen deutlich verschärfen. Es soll künftig grundsätzlich nicht mehr möglich sein, ein Visum bei der Einreise am Flughafen zu erhalten. Stattdessen müssen Reisende dann ihr Visum über die ägyptische Botschaft im Heimatland beantragen. Eine Ausnahme soll nur für Touristen möglich sein, die aufgrund einer von einem Reisebüro organisierten Tour einreisen. Derzeit ist noch unklar, wann die Regelung in Kraft treten wird. (BGA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Äthiopien - Informationsschrift für Investoren

Das Generalkonsulat von Äthiopien in Frankfurt am Main hat uns eine Länderdarstellung über Äthiopien zur Verfügung gestellt, die besonders für Unternehmen geeignet sein kann, die das Land zum Ziel einer Investition machen möchten. Die Information ist in deutscher Sprache verfasst und liefert aktuelle Daten und Fakten auf 16 Seiten über Land und Leute, ökonomische Indikatoren und Handel, Hauptinvestitionsbranchen, öffentliche Förderung, Garantien, Bestandsschutz, Zoll- und Steuererleichterungen, Firmengründung und -besteuerung, Registrierung von Unternehmen, für Investitionen gesperrte Bereiche, Verwaltungsgebühren.

**Albanien und
Bosnien-Herzegowina -
Wiedereinführung der
Visapflicht droht**

Interessenten können die pdf-Datei bei unseren vier beteiligten IHKS beziehen. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Den Westbalkan-Staaten, das sind Albanien und Bosnien-Herzegowina, droht wegen steigender Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern in der Europäischen Union die Wiedereinführung der Visapflicht. Darüber wollen die EU-Innenminister auf Vorschlag der Kommission demnächst in Luxemburg beraten. Die Mitglieder Belgien und Luxemburg haben mit Blick auf ihre Asylbewerberstatistik das Thema auf die Tagesordnung gebracht. (NfA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

**Bangladesch - Rechtliche Hilfe
aus der Hauptstadt**

Eine Kanzlei aus Dhaka/Bangladesch berichtet uns, dass sie seit zwei Jahren dort ansässig ist. Ihr Haupttätigkeitsfeld ist die juristische und wirtschaftliche Beratung vorwiegend deutscher Unternehmen. Das Dienstleistungsspektrum enthält Gutachten über Geschäftspartner in Bangladesch, Markt-, Branchen- und Risikoanalysen, Begleitung beim Unternehmensaufbau, Niederlassungsgründung, Überprüfung von Verträgen und Forderungseinzug.

Kontakt: Ivonne Stein, Kanzlei Stein & Partners, Dhaka 1212, Bangladesch, Tel. +880 155 3636-580, ivonne.stein@steinandpartners.com, [Internet](#). (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

**China - EU rügt das schlechte
Handelsklima ungewöhnlich
offen**

EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat China vor den Folgen seines Protektionismus gewarnt. Würden EU-Unternehmen fortdauernd diskriminiert, fingen die Europäer an, "Legitimität und Begründung" für ihre Politik des freien Marktzugangs infrage zu stellen. Die langfristige Handelsvision für China und die EU laufe Gefahr durch kurzfristige Irritationen zu zerplatzen. De Gucht zufolge haben die EU-Handelskammern in China in diesem Jahr eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas im Land festgestellt. 43 % der IHK-Mitglieder haben "ernsthafte Ungleichgewichte" beim Marktzugang kritisiert. Die Tatsache, dass China ausländischen Investoren weiterhin den Zugang zu wichtigen Wirtschaftsbereichen verweigere oder nur mit Auflagen erlaube, spiele in die Hände derjenigen, die Chinas Investitionen in Europa als eine Bedrohung ansähen. Gleiches gelte für die öffentlichen Beschaffungsmärkte. Auch hier stelle sich Europa inzwischen die Frage, ob es auf die abgeschotteten und intransparenten chinesischen Märkte nicht mit ähnlichen Hindernissen antworten solle. Der Kommissar verwies zudem auf Probleme mit Eigentumsrechten sowie zunehmende Probleme mit staatlichen Beihilfen und den Staatsbetrieben. Karel de Gucht mit klarer Linie: "Um weiterhin die öffentliche Unterstützung für unsere Politik der offenen Märkte zu bekommen, müssen wir in der Lage sein unseren Wählern zu zeigen, dass unsere Offenheit von anderen nicht missbraucht wird, indem sie sichtbare oder versteckte Marktzugangshürden zum Schaden unserer Unternehmen in Europa aufrecht erhalten." (NfA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

**Finnland - Your Subsidiary in
this country**

Die in Helsinki ansässige Kanzlei BJL Bergmann Attorneys at Law hat in 2. aktualisierter Auflage die Informationsbroschüre "Your Subsidiary in Finland" neu herausgegeben. Das in englischer Sprache verfasste Heft trägt den Untertitel "The Finnish 'Oy' as a foreign enterprise's establishment in Finland". Die Texte sind über die [Website](#) der Anwaltskanzlei jederzeit aufzufinden. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Griechenland - Gute Noten für Minister Rösler

Anfang Oktober dieses Jahres reiste Bundeswirtschaftsminister Dr. Rösler mit einer Wirtschaftsdelegation nach Athen. Zweck der Reise war in Gesprächen mit griechischen Unternehmern und Verbänden Wege zu finden, wie dem Land durch aktive Zusammenarbeit geholfen werden kann. Ein Ansatz, der im bundesdeutschen Wirtschaftsdenken viel zu kurz kommt. In der Delegation vertreten war der Vorsitzende der deutschen Pelzkonfektionäre und Geschäftsführer seines Unternehmens mit Sitz in 63329 Egelsbach/Hessen, Johannes Manakas. Er war so freundlich, uns seine Eindrücke von der Mission zu schildern. Herr Manakas lobte die Art und Weise, wie der Minister die mitreisenden Geschäftsleute als Delegationschef einband und die Interessen der deutschen Wirtschaft vertrat. Immer aber mit dem Bewusstsein, dass Griechenland viel Hilfe braucht. Schon während des Hinfluges habe er die Interessen der Unternehmer "eingesammelt". Bei den Gesprächen mit den griechischen Entscheidungsträgern fiel keiner der zuvor aufgenommenen Punkte unter den Tisch. Die Delegation wurde durch Experten aus der Finanzwirtschaft (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Euler Hermes) sinnvoll ergänzt. Die deutsche Auslandshandelskammer (AHK) war in sinnvoller Weise beteiligt und hatte die Kooperationsgespräche der griechischen und deutschen Geschäftsleute organisiert. Dem Unternehmer Manakas haben die Gespräche in Athen weitergeholfen, wenn auch nicht in seiner angestammten Sparte, sondern auf einem ganz anderen Gebiet: der Solarenergie. Er empfiehlt die Teilnahme an solchen ministergeführten Delegationsreisen. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Japan - Schuldenlast könnte untragbar werden

Japans Staatsschulden könnten nach Aussage des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Zuge einer veränderten Risikowahrnehmung schnell untragbar werden. In einem Bericht heißt es, Sorgen über die Tragbarkeit der Schulden an den Finanzmärkten könnten zu einem plötzlichen Anstieg der Anleiherenditen führen, was deren Tragfähigkeit tatsächlich in Frage stellen und die Weltwirtschaft erschüttern würde. Japans Bruttoverschuldung beläuft sich auf rund 200 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Privatsektor des Landes ist in der Weltwirtschaft mit netto 1,5 Billionen US-\$ investiert. Dabei handelt es sich überwiegend um Investitionen von Banken, Versicherungen und Pensionsfonds. Ein Anstieg der Staatsanleiherenditen könnte nach Einschätzung des IWF eine Verringerung dieser Position bewirken. (Dow Jones)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Litauen - Schiedsgericht für Baustreitigkeiten

In Litauen gibt es neuerdings ein auf Baustreitigkeiten spezialisiertes Schiedsgericht, das Statybu arbitrazo teismas. Es steht zwar in organisatorischer Hinsicht unter dem Dach des Schiedsgerichts für Wirtschaftssachen in Vilnius, verfügt aber selbst über das Fachwissen zahlreicher Bausachverständiger. Bei der Litauischen Architekturkammer ist eine Liste der Schiedsrichter aus dem Bereich des litauischen Baurechts zu haben, die auch Angaben zur einschlägigen Berufspraxis und den Fachkenntnissen sowie über das Gebiet der Spezialisierung der genannten Schiedsrichter enthält. Was das Schiedsgericht für Wirtschaftssachen anbelangt, werden dort spezielle Schiedszweige für Maritime Angelegenheiten, Energie, Transport, Elektronik und Datenverarbeitung vorgehalten. (NfA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neuseeland - Broschüre "Handelsweg" neu herausgegeben

Die New Zealand German Business Association Inc. ist die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Neuseeland im AHK-Verbund. Sie hat ihre Informationsbroschüre "Handelsweg" (nach Neuseeland) überarbeitet und neu herausgegeben. Das Werk umfasst knapp 100 Seiten und bringt allgemein interessierende Themen wie Wirtschaftslage, Geldpolitik, Außenwirtschaft, Import/Export, Investitionen in Neuseeland, Rechts- und Steuerbestimmungen, Firmengründung, Zoll- und - auch sehr wichtig - Quarantänenvorschriften, Visabestimmungen. Stets

<p>Norwegen - Höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr</p>	<p>die neueste Fassung von Handelsweg hält das Internet für Sie bereit. (AHK)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p> <p>Norwegens Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2012 sieht eine teilweise Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Das betrifft aber nur den mittleren Steuersatz von bisher 14 %, der ab 01.01.2012 dann 15 % betragen soll. Die anderen Sätze von 8 und 25 % bleiben unverändert. (gtai)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p>
<p>Russland - Vor dem Beitritt zur Welthandelsorganisation</p>	<p>Am 10.11.2011 haben alle Mitglieder der WTO-Arbeitsgruppe dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) zugestimmt und damit einen Schlusstrich unter das 18 Jahre dauernde Verfahren gesetzt. Zuletzt gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen Georgien und Russland, die unter Mithilfe der schweizerischen Regierung beseitigt werden konnten. Formell muss die 8. WTO-Ministerkonferenz der 154 WTO-Mitglieder, die vom 15. - 17.12.2011 in Genf tagt, dem Beitritt noch zustimmen. Danach wird das russische Parlament über die Ratifizierung des Übereinkommens abstimmen. Für die Unternehmen Europas bringt die WTO-Mitgliedschaft Russlands Vorteile beim Zugang auf den russischen Waren- und Dienstleistungsmarkt. Die russischen Einfuhrzölle sollten sich verringern und die Höhe der Ausfuhrzölle für wichtige Rohstoffe ebenfalls. Das Land müsste darüber hinaus internationale Produktnormen einführen und die WTO-Regeln in Bereichen wie Zollverfahren, Lizenzerteilung und geistiges Eigentum akzeptieren. Die EU-Kommission schätzt, dass Russlands Beitritt zur WTO der Europäischen Union und ihren Unternehmen eine Kostensenkung um die 3,9 Mrd. € einbringt. (DIHK)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p>
<p>Taiwan - Carnet CPD</p>	<p>Unser Zollbürge weist darauf hin, dass mit dem speziell für dieses Land geschaffenen Dokument Carnet CPD nur einmal in Taiwan ein- und ausgereist werden kann. Es ist möglich, dass wegen der von der IHK gegebenen Gültigkeitsdauer von einem Jahr das CPD-Dokument nach einer Taiwan-Reise noch lange gültig ist, aber dennoch nicht mehr verwendet werden kann. Für die nächste Reise muss dann ein neues Carnet CPD beantragt und ausgestellt werden. Unternehmen, die neben Taiwan mit ihren Waren auch andere asiatische Staaten besuchen oder sie im Transit durchqueren wollen, benötigen dafür zusätzlich das übliche Zollpassierscheinheft Carnet ATA. (DIHK)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p>
<p>USA - Die Handelspolitik im Herbst 2011</p>	<p>Den Washington News No. 37/2011 war ein Aufsatz von Dr. Matthias Blum beigelegt, der sich mit dem Thema "US-Handelspolitik im Herbst 2011 - Folgt den drei Freihandelsabkommen eine handelspolitische Offensive?" befasst. Die genannten drei Abkommen sind die der Vereinigten Staaten mit Kolumbien, Korea und Panama. Unternehmen, die an dem Aufsatztext interessiert sind, können ihn als pdf-Datei bei unseren vier beteiligten IHKs beziehen. (JB)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p>
<p>USA - Novellierung des Patentwesens</p>	<p>Den Washington News No. 39/2011 war ein Aufsatz von Peter J. Esser JD beigelegt, der sich mit dem langen Weg zur Novellierung des US-Patentwesens befasst. Die Überschrift der Arbeit lautet konkret "Der America Invents Act - Ein Schritt in die Zukunft für Erfinder, Industrie und das US-Patentamt". Unternehmen, die an diesem Text Interesse haben, können ihn als pdf-Datei bei unseren vier beteiligten IHKs beziehen. (JB)</p> <p>Zurück zum Inhaltsverzeichnis</p>

USA - Am US-Windmarkt teilnehmen und Erfolg haben

Der Windmarkt in den Vereinigten Staaten wächst zügig, so dass die USA nun die zweitgrößte Windkraftnation nach China sind. Besonders nachgefragt sind Zulieferungen - unbedingt auch aus Deutschland! - von Antriebssträngen, Generatoren, Getrieben, großen (Kugel-)Lagern, Gussteilen, Hydraulik, Kränen, Kurbelwellen, Maschinenhaus-Abdeckungen, Netzkomponenten, Pumpen, Rotorblättern, Schmiedeteilen, Schmiersystemen, Steuerungseinheiten, Transformatoren, Turbinen, Türmen sowie Überwachungssystemen und Ventilen. Der uns vorliegende Branchenbericht nennt über die vorangegangene Importliste hinaus auch die Top-20-Bundesstaaten mit den größten installierten Kapazitäten und die Top-20-Bundesstaaten mit dem größten Windenergie-Potenzial. Danach folgt der Hinweis auf 13 Förderprogramme auf US-Bundesebene, die den Ausbau der Windenergie unterstützen. Und weiter folgt der Tipp, dass auch einzelne Bundesstaaten zahlreiche finanzielle und steuerliche Anreize vorhalten. Projektabhängig kommt es in vielen Wirtschaftsregionen und Kommunen zusätzlich zu gezielten Fördermaßnahmen.

Unternehmen, die an diesem speziellen Wirtschaftsgebiet interessiert sind, erhalten tiefere Informationen von Rick Myatt Jr., MLM International, Hürth, Tel. 02233 7064-481, myatt@mlminternational.de, [Internet](#). (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vanuatu - Beitritt zur WTO

Vanuatu ist am 26.10.2011 der Welthandelsorganisation (WTO) beigetreten. Vanuatu ist einer von insgesamt 14 Inselstaaten im Pazifik (romantischer auch Südsee genannt) und nun das 154. Mitglied der WTO. (BGA)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Messen und Veranstaltungen

Termine International - Datenbank der hessischen IHKs

Die hessischen IHKs bieten Ihnen eine Vielzahl von Veranstaltungen, Schulungen, Wirtschaftstagen und Seminaren. Eine Übersicht aller landesweit angebotenen Veranstaltungen der IHKs in Hessen mit Außenwirtschaftsbezug finden Sie stets aktuell in unserer [Datenbank "Termine International"](#). Hier können Sie sich bei Interesse auch direkt und online anmelden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Unternehmerreise "Lebensmittelmarkt Japan" 30.01. - 03.02.2012 nach Tokyo

Japan importierte im Jahr 2010 Lebensmittel im Wert von rund 47 Mrd. €. Die Einfuhren stellen etwa 35 % des gesamten Marktvolumens dar. Besonders Nahrungs- und Genussmittel aus Deutschland verfügen über einen ausgezeichneten Ruf in Japan.

Die AHK Japan hat eine Zielgruppenanalyse mit dem Titel "Süßwaren & Snacks" veröffentlicht. Das Dokument beschreibt auf 137 Seiten Marktverhältnisse und Einstiegsmöglichkeiten für deutsche Exporteure von Süßwaren und Snacks in Japan. Die übersichtlich gestalteten Marktprofile umfassen dabei die Segmente Schokoladenprodukte, Kartoffelchip-Produkte, Candy, Keksg Gebäck und Kaugummi.

Zusätzlich bietet die AHK Japan gemeinsam mit der German Export Association für Food and Agriproducts GEFA e. V. eine [Unternehmerreise für Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft](#) an. Anmeldeschluss ist der 30.12.2011.

Bezug der kostenfreien Marktstudie bitte über Björn Koslowski, AHK Japan, bkoslowski@dihkj.or.jp. (TG)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Baumesse Project Qatar
30.04. - 03.05.2012 in Doha

Die 9. Internationale Bau-Fachmesse "Project Qatar - International Trade Fair for Construction Technology, Building Materials, Equipment and Environmental Technology" findet zum genannten Zeitpunkt im neuen Messezentrum der Hauptstadt von Katar, Doha, statt. Mit über 1.700 Ausstellern aus 42 Ländern ist die Project Qatar eine der wichtigsten Baumessen im Nahen Osten.

Die Ausstellungsschwerpunkte liegen u. a. in den Bereichen Baubedarf und Baumaschinen, Klima-, Elektro- und Umwelttechnik, Wasser- und Abwassertechnologien, Erneuerbare Energien, Innenausbau sowie Sicherheitstechnik.

Unter dem Dach der Bundesmesseförderung erhalten deutsche Unternehmen den qm Fläche für 280 € in der Halle inklusive Standbau und 110 € im Freigelände. Das Land Hessen stellt zusätzliche Fördermittel in Form der folgenden Dienstleistungen bereit: Informationsstand mit Betreuer aus der IHK Frankfurt am Main (Michael Fuhrmann), Vorbereitungsseminar mit interkulturellen Aspekten, Besucherakquisition, gemeinsamer Hessen-Flyer, Kostenbeteiligung beim Rücktransport der Exponate. Anmeldeschluss ist der 20.01.2012.

Kontakt: Michael Fuhrmann, IHK Frankfurt am Main, Tel. 069 2197-1435, m.fuhrmann@frankfurt-main.ihk.de. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gemeinschaftsstand zur EXPO APA 2012
11. - 13.06.2012,
Bukarest/Rumänien

Die EXPO APA in der rumänischen Hauptstadt ist eine internationale Spezialausstellung für die Wasserversorgung, Kanalisation und Abwasser-Behandlung. Ausstellung und begleitender Kongress finden im Parlamentsgebäude Bukarest statt. Seit 2004 ist das Land Nordrhein-Westfalen dort mit einer Firmengemeinschaftsbeteiligung vertreten. Das komplette Leistungspaket für die EXPO APA 2012 kostet 2.960 € zzgl. MwSt. Der Veranstalter, zu dem wir gute Kontakte haben, ist freundlicherweise wieder bereit, in eingeschränktem Umfang den Gemeinschaftsstand auch für hessische Unternehmen zu öffnen.

Kontakt: Gregor Frankenstein-von der Beeck, Matrix GmbH. & Co. KG, Düsseldorf, Tel. 0211 75707-33, frankenstein@matrix-gmbh.de. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Publikationen

Warenursprung und Präferenzen

6. überarbeitete Auflage, ISBN 978-3-89817-924-9, 640 Seiten Softcover, Preis 44 €, Bestellungen: Bundesanzeiger Verlag Köln, Tel. 0221 97668200, vertrieb@bundesanzeiger.de

Die Verfasser Dr. Thomas Möller und Gesa Schumann haben die 6. Auflage dieses Handbuches mit systematischer Darstellung fertiggestellt. Das Thema Warenursprung und Präferenzen ist Gegenstand zahlloser Seminare, die in Deutschland angeboten werden. Für die stille Stunde mit einem Buch und um die Komplexität des Stoffes zu verstehen, ist ein Handbuch wie das vorliegende nahezu ideal. Zugegeben fällt das den Sachbearbeitern, die sich neu mit der Materie befassen, nicht leicht. Aus eigener Erfahrung können wir als IHK das auch verstehen. Beraten wir unsere Firmenkunden über Warenursprung und Präferenzen oder nur schlicht über die Lieferantenerklärung, beträgt die Mindestdauer eines Telefongesprächs allemal 30 Minuten. Andererseits sind die Freihandels- bzw. Europaabkommen (oder wie sie sonst noch heißen mögen) doch recht ähnlich, so dass der Lernende, hat er erst einmal die große Linie begriffen, über das Gesamtgebiet Bescheid weiß. Tarifieren, Kalkulieren, Rechnen und logisch Denken - gepaart mit dem guten Draht zur Einkaufsabteilung, das läuft anfangs holprig, ganz bald aber immer besser und noch besser. Die wichtigste Zielgruppe sind die Mitarbeiter in den Unternehmen von Export und Import. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Praxis der US-(Re-)Exportkontrolle

2. aktualisierte Auflage mit beigelegter CD-ROM, ISBN 978-3-89817-915-7, 256 Seiten Softcover, Preis 49 €, Bestellungen: Bundesanzeiger Verlag Köln, Tel. 0221 97668200, vertrieb@bundesanzeiger.de

Herausgeber Jürgen Böer und die Mitautoren Alexander Groba und Dr. Harald Hohmann legen die 2. Auflage dieses Praxishandbuchs vor. Ihr Arbeitsziel ist, die Nutzer sollen die US-Regelungen sicher beherrschen. In der Tat ist der Wissensbedarf bei der Weiterlieferung amerikanischer Produkte und Technologie in der deutschen Wirtschaft größer als man gemeinhin vermuten würde. Das drückt sich auch in der Auskunftstätigkeit der IHKs aus. US-Reexportthemen tauchen bspw. in den Kundenfragebögen von hiesigen Großunternehmen auf. Das europäische Exportkontrollrecht sagt, es ist alles erlaubt was nicht ausdrücklich verboten ist. In den Vereinigten Staaten läuft das umgekehrt. Dort ist alles verboten, es sei denn es wurde ausdrücklich erlaubt. Das US-Exportkontrollrecht schafft die gesetzliche Mitbestimmung über den Laufweg von Gütern und Technologien. Für die Sachbearbeiter in den export- und importorientierten Firmen ist damit umzugehen nicht leicht. Seminare befassen sich mit dem Thema, sind aber oft sehr kostenintensiv. Unter anderem kommt das daher, weil nur wenige echte Experten vorhanden sind. Umso mehr ist die aktualisierte Publikation des Bundesanzeiger Verlags zu begrüßen. Für die Praktiker in der Wirtschaft und Kanzleien, Beratungsunternehmen, Verbände. (JB)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Hintergrund

Die Einschläge kommen immer näher ...

Jetzt ist sie da, die Krise. Weder muss man nun vor Ehrfurcht in die Knie gehen, noch darf man sich auf der sicheren Seite wähen. Wichtig ist, einen kühlen Kopf zu behalten und die Situation zu analysieren. Fakt ist: Griechenland ist pleite und unter Kuratel gestellt. Italien und Spanien sind nicht mehr weit weg davon. Wenn man es richtig besieht, sind eher mehr als weniger europäische Länder von der sog. Eurokrise betroffen. Allen Ländern gemeinsam ist, dass sie Schulden in nennenswerter Höhe zum BIP haben; deren Banken besitzen Papiere, die gefährdet sind und deren Rettung das betroffene Land überfordern würde. Die nicht ganz neue Idee der Eurobonds wird keine Lösung sein. Dagegen stehen Chancen im asiatischen Raum und Südamerika, die von noch zu vielen Unternehmen der Region nicht genutzt werden. Dazu muss man aber wissen, wie es geht, in welchen Ländern sich Chancen bieten und was man beim Export zu bedenken hat. Im südhessischen Serviceverbund halten die IHKs Darmstadt, Hanau und Offenbach dieses Wissen vor, bieten in Vorträgen und Seminaren das Knowhow und beraten gerne. Notwendig ist auf jeden Fall ein nachhaltiges Geschäftsmodell: Was will ich mit welchen Produkten auf welchen Märkten erreichen? Vor Ort im Drittland steht zudem die Auslandshandelskammer mit Rat und Tat zur Verfügung. Das Land Hessen unterstützt die Betriebe im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung. Beim Abwägen der genannten Sachverhalte wird deutlich, das Umfeld trübt sich ein auf den traditionellen Märkten. Neue Chancen bieten sich in bisher nicht bedienten Märkten, die es zu nutzen gilt.

Packen Sie es an, bevor ein anderer diesen Markt besetzt. Sprechen Sie mit Ihrer IHK. (AK)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Realwirtschaft spürt Vertrauenskrise

Die finanzielle Stabilität der Unternehmen in den europäischen Industrieländern und den USA droht sich zu verschlechtern. Der international tätige Kreditversicherer Coface registriert wieder eine Zunahme an Zahlungsausfällen, nachdem sich die Lage nach der Krise 2008/2009 zunächst entspannt hatte. Coface nimmt daher die positiven Aussichten in seinen Länderbewertungen zurück. Für Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und die Niederlande wie auch die USA (alle A2) ist damit eine baldige Rückkehr auf die Bestnote A1 unwahrscheinlich.

Für Italien (A3) und Portugal (A4) werden die Risikoeinschätzungen mit negativem Ausblick versehen, für Griechenland und Zypern werden sie um je eine Stufe herabgesetzt und erreichen nunmehr nur noch ein C bzw. B. Seit Sommer 2011 verschlechtert sich die Wirtschaftslage in den Industrieländern. Ein weiterer Grund zur Sorge ist das Misstrauen, das den Banken aufgrund ihrer Verflechtung mit den staatlichen Risiken entgegengebracht wird. Das erschwert europäischen Unternehmen mehr und mehr den Zugang zu Krediten. Die Zunahme von überfälligen Zahlungen insbesondere in den Peripherieländern der Eurozone ist ein wichtiger Indikator, dass Unternehmen in eine schwierige Lage geraten. Die berichtserstattende Firma rechnet 2011 mit einem Wirtschaftswachstum in der Währungsunion von lediglich 1,6 %.

(Coface)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main
Frankfurter Straße 90
63067 Offenbach am Main
Tel. 069 8207-0, Fax 069 8207-199,
E-Mail service@offenbach.ihk.de

Die IHK Offenbach am Main wird rechtsgeschäftlich und gerichtlich durch den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführer vertreten. Für die Geschäfte der laufenden Verwaltung ist der Hauptgeschäftsführer alleine vertretungsberechtigt.

[Erweitertes Impressum](#)

Verantwortlicher i. S. d. § 55 Absatz 2 RStV: Markus Weinbrenner, E-Mail weinbrenner@offenbach.ihk.de

Möchten Sie diesen Newsletter künftig nicht mehr erhalten? Schreiben Sie sich einfach eine E-Mail an guersoy@offenbach.ihk.de oder kontaktieren Sie uns unter der genannten Adresse.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)